

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, warnt vor einer immer stärkeren „Politisierung“ der deutschen Schulen, die letztlich das für die Lehranstalten geltende Neutralitätsgebot untergräbt. Statt es „dem Zeitgeist zu opfern“ müsse man es mehr als bisher schützen.

Meidinger denkt in diesem Zusammenhang auch an das vordergründig tolerante Umgehen mit Schulschwänzern, die statt den Unterricht zu besuchen an den gegenwärtigen „Freitagsdemonstrationen“ teilnehmen: „Es geht schlicht darum, daß weder Staat noch Schüler das Recht haben, bei Schulbefreiungen zwischen (angeblich, die Red.) politisch ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Beweggründen zu unterscheiden.“

Etlichen Politikern (vor allem aus dem rot-grünen Milieu) und letzten Endes auch manchen Lehrern wirft Meidinger damit klipp und klar vor, die Schulen für ihre eigene politische Agenda zu mißbrauchen: „Die Einführung von Toiletten für das dritte Geschlecht an einigen Grundschulen war kein Wunsch betroffener Eltern und schon gar nicht der Kinder, die sich in diesem Alter dieser Geschlechterdifferenzierung noch gar nicht bewußt sind. Es war der Wille von Politikern. Sie wollen ihre politische Agenda und Ideologie auf diesem Weg in die Schulen tragen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen – Meidinger traf den Nagel auf den Kopf! (tb)

2 *Afrikas „Demographiebombe“ tickt noch immer*

Wenn über den vom afrikanischen Kontinent ausgehenden Migrationsdruck gesprochen wird, fällt als vordergründiger Lösungsvorschlag immer wieder schnell die Floskel „Fluchtgründe beseitigen“. Dabei fehlt aber meistens die Feststellung, daß es sich in den meisten Fällen nicht um eine Flucht im eigentlichen Sinne handelt, sondern um Wirtschaftsmigration, wie sie noch im letzten Jahrhundert auch aus einigen deutschen Regionen heraus erfolgte. Es wäre also angeraten, zunächst die tatsächlichen Migrationsgründe zu eruieren und erst dann über mögliche Abhilfe nachzudenken.

In einer kürzlichen Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung wird in diesem Zusammenhang ganz offen von einer afrikanischen „Armutsfalle“ gesprochen, ohne deren Beseitigung der Migrationsdruck kaum nachlassen wird. Es sind vor allem hohe Fertilitätsraten – in manchen afrikanischen Ländern gibt es im Durchschnitt bis zu acht Kinder je Frau –, die bis zum Jahr 2050 eine Verdoppelung der Bevölkerungszahl erwarten lassen. Es ist mithin ein Bevölkerungswachstum, mit dem die Steigerung der Wirtschaftsleistung (die in machen afrikanischen Staaten ein durchaus hohes, weit über dem europäischen Durchschnitt liegendes Niveau aufweist) nicht Schritt halten kann. Derzeit drängen schließlich jedes Jahr 10 bis 12 Millionen Afrikaner neu auf den Arbeitsmarkt, denen „nur“ etwa 3 Millionen neue Stellen gegenüberstehen. Und einer weiteren Stimulierung der Wirtschaftsleistung durch ausländische Direktinvestitionen steht in vielen afrikanischen Ländern eine durch lokale Konflikte, Korruption und Vetternwirtschaft erzeugte Rechtsunsicherheit ebenso entgegen wie eine Entwicklungshilfe, die in vielen Fällen nicht zur Selbsthilfe anregt, sondern alte Abhängigkeiten zementiert und sogar noch neue schafft. Dies sieht auch der anerkannte afrikanische Ökonom James Shikwati so, laut dem die umgerechnet 2 Billionen US-Dollar, die in den letzten 55 Jahren nach Afrika flossen, insgesamt „mehr Schlechtes als Gutes“ bewirkt hätten.

In Afrika ist indes auch China aktiv, allerdings mit einem anderen System. Statt letzten Endes verlorene Zuschüsse zu zahlen, investiert Peking in Afrika stets unter der Maßgabe, daß die Investitionen auch zurückgezahlt werden. Nach verbreiteter Expertenauffassung ist diese Hilfe zur Selbsthilfe weitaus effektiver als das „europäische Modell“. Um die Lage wirklich zum Besseren zu wenden, müßten schließlich auch große Teile der afrikanischen Elite umdenken. Sie müßten ein für Investitionen freundlicheres Umfeld schaffen und stark in das Gesundheits- und Bildungswesen investieren. Erst dann, da sind sich die meisten Fachleute einig, können wirksame Maßnahmen zur Geburtenenkung ergriffen werden. Es gibt hier zwar erste Erfolgsbeispiele (z.B. Äthiopien, Tunesien, Botswana, Marokko, Ghana, Kenia oder der Senegal), wo die Geburtenraten teilweise schon auf „4“ halbiert wurden. Doch das reicht noch lange nicht aus. Die Migrationsgründe muß Afrika selbst beseitigen. Europa kann dabei nur helfen, indem es am besten Hilfe zur Selbsthilfe anbietet! (tb)

3 *Israel greift Syrien an*

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte bereits vor Monaten der internationalen Staatengemeinschaft angekündigt, daß das Zurückdrängen der in Syrien operierenden Söldner Israels und der NATO-Allianz nicht etwa das Ende des gegen Syrien gerichteten Krieges bedeuten wird, sondern daß Syrien sich auch dann auf langjährige Terroroperationen wird einzustellen haben. Daß Israel nun aber – ohne Kriegserklärung – Syrien mit Raketen angegriffen hat, stellt nach verbreiteter Beobachterauffassung (neben der völkerrechtswidrigen Dimension) eine neue „Qualität“ im gegen Syrien gerichteten Krieg dar. (eh)

4 „Trump-Höhen“

Mit der feierlichen Eröffnung einer nach US-Präsident Donald Trump benannten Siedlung löste Israels Premierminister Benjamin Netanjahu jetzt ein Versprechen ein. Mit der (frei übersetzt) „Trump-Höhen“ benannten Siedlung drückt Israel seine Dankbarkeit für die US-amerikanische Anerkennung der von Israel annektierten Golanhöhen als israelisches Terrain aus. Dieser Schritt stieß in der internationalen Diplomatie auf überwiegende Kritik, weil diese Gebiete nach internationalem Recht ganz eindeutig als von Israel besetztes, syrisches Territorium anzusehen sind. (tb)

5 Mexiko machte „Geheimabkommen“ publik

Mitte Juni veröffentlichte Mexiko ein Dokument, das US-Präsident Donald Trump zuvor Pressevertretern gezeigt hatte, ohne auf den Inhalt einzugehen. Er deutete lediglich an, daß es noch „Geheimabkommen“ für den Fall gebe, bei dem es Mexiko nicht gelingen sollte, den in Richtung USA drängenden Migrationsstrom binnen 45 Tagen deutlich einzuschränken. Es sieht für diesen Fall, wie jetzt herauskam, beispielsweise Mexikos Verpflichtung vor, aus Drittländern stammende Flüchtlinge zurückzunehmen, sofern diese über sein Territorium in die USA gelangten. Und schon jetzt hat sich das Land dazu verpflichtet, im Kampf gegen die illegale Zuwanderung 6000 zusätzliche Nationalgardisten einzusetzen.

Nach Ablauf der 45 Tage haben beide Seiten vereinbart, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Je nachdem wie diese ausfällt, muß die mexikanische Regierung dann unter Umständen „alle notwendigen Schritte“ unternehmen, um das Geheimabkommen in Kraft treten zu lassen. Andernfalls würde man in Washington über das Inkrafttreten der schon vorher angedrohten Strafzölle nachdenken, die mit Mexikos Selbstverpflichtung per Geheimabkommen einstweilen wieder abgewendet wurden. (tb)

6 Italiens Mafia in Deutschland

Die italienischen Mafiaorganisationen (z.B. die kalabrische `Ndrangheta, die sizilianische Cosa Nostra, die Camorra aus Kampanien oder verschiedene MafiACLANS aus der Region Apulien) verfügen in Deutschland zwar nur über rund 600 den Behörden namentlich bekannte Mitglieder. Doch im Vergleich zu anderen Gruppierungen der Organisierten Kriminalität – Rockerbanden oder die eurasisch-russische Mafia – weist die italienische Mafia laut Bundesinnenministerium einen besonders hohen „Organisations- und Professionalisierungsgrad“ auf, was sie besonders gefährlich macht. Dies ist in vielen Fällen laut Ministerium noch nicht offenkundig geworden, weil „sich die italienischen Gruppierungen in Deutschland defensiv“ verhalten und weitgehend auf plumpe „Gewalttaten“ verzichten. Charakteristisch seien vielmehr Einflußnahmeversuche auf Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft, vor denen an dieser Stelle noch einmal eingehend gewarnt werden soll. (tb)

7 Berlins Machthaber für Meinungszensur im Internet

Seit über 10 Jahren fordert bereits die Medienmanagerin Lynn Forester de Rothschild in der OECD, die Meinungszensur im Internet technologisch zu ermöglichen und politisch umzusetzen. Nur so könne u.a. ihr Imperium, das läßt sich hinter gut vorgehaltener Hand immer wieder heraushören, wieder eine Art „Meinungsmonopol“ erlangen und damit eine fast weltweite Deutungshoheit über politische Inhalte erhalten. Bereits unter dem früheren Bundesinnenminister Otto Schily (erst RAF-Rechtsanwalt, dann Mitbegründer der Grünen und schließlich SPD-Mitglied) wurden Steuergelder in stattlicher Millionenhöhe für die Entwicklung entsprechender Kontrollsysteme ausgegeben. Nun sind es vor allem die den wichtigsten Medienimperien eng verbundenen, sogenannten „sozialen Medien“ wie Facebook, Google und Twitter, die eine Meinungszensur im Internet fernab grundgesetzlicher Legitimation und in Zusammenarbeit mit dazu ebenfalls rechtlich nicht legitimierten Mitarbeitern des Berliner Machtapparats umsetzen.

Um dieses illegale Treiben nachträglich legitimieren zu können, strebt nun auch die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer die Meinungszensur im Internet an. Mit ausschlaggebend dürfte das „Entlarvungsvideo“ eines Internet-Bloggers gewesen sein, das durch den Staatssender ARD erst so richtig „bekannt gemacht“ wurde und deshalb ein Millionenpublikum kurz vor der Europawahl erreichte. Es ist wohl nur Zufall, daß die den Blogger unterstützende Medienagentur – zu der auch t-online gehört – der sozialistischen und grünen Bewegung nahezustehen scheint. Daß aber die ARD als staatliches Propagandainstrument diesem möglicherweise wahlbeeinflussenden Video zur größtmöglichen Verbreitung verhalf, ist besonders bedenklich. Schließlich wurden in diesem Video Lügen und Versprechen aktueller und ehemaliger Regierungsparteien teilweise durchaus zutreffend thematisiert. Aber die Missetaten darin ebenfalls involvierter grüner Politiker wurden geflissentlich ausgespart, was zu deren derzeitigem politischem Erfolg mit beigetragen haben mag.

Brüssels Machthaber sehen allerdings das Erstarken der anti-industriellen und gesellschaftszerstörenden Grünenbewegung in Deutschland gelassen, zumal das Europaparlament ohnehin nur Alibifunktionen übernimmt. Es hat nämlich kaum etwas zu entscheiden und dient vornehmlich einem scheindemokratischen „Theater“, um dem an sich antidemokratischen europäischen RäteSystem mit ernannten statt gewählten Politikkommissaren einen scheindemokratischen Tarnmantel zu verpassen. Ob rot, grün, blau oder schwarz: Die politische Farbe der Europaabgeordneten bleibt weitgehend einerlei, die wichtigen Entscheidungen werden auch zukünftig im Kommissariat im Einvernehmen mit den jeweiligen EU-Ministerräten getroffen – gegebenenfalls auch gegen den erklärten Willen der europäischen Bürger.

Zum Nachdenken an manchen Orten regt nun allerdings die veränderte Stimmungslage in Deutschland an. Das Trommelfeuer der gleichgerichtet operierenden staatlichen und internationalen Propaganda in Deutschland gegen das geltende Recht, Traditionen und nationalstaatliche Grundfesten trieb das Wahlvolk nämlich nicht zurück in die Arme der großkoalitionären Machthaber in Berlin, sondern in die der einst mit Langley (CIA-Hauptsitz) durchaus nah verbundenen grünen Bewegung. (eh)

8 „Öko-Diktatur? Ja bitte!“

Aus der Millionen Jahre langen Erdgeschichte wissen wir ganz genau, daß unser Planet immer mit sich stets verändernden Durchschnittstemperaturen und sehr unterschiedlichen Meeresspiegelhöhen zu kämpfen hatte und auch in Zukunft kämpfen wird. Die norddeutsche Tiefebene war z.B. einst Meeresgrund und wird es in vielen Tausend oder Millionen Jahren auch wieder einmal sein – ganz ohne unser Zutun. Natürlich bleiben jedweder Umweltschutz und ein sparsamer Umgang nicht nur mit fossilen Energieträgern geboten. Doch ob der jetzt offenbar unter der „spirituellen Anleitung“ einer minderjährigen Schwedin angestrebte, weitgehende „CO₂-Ausstieg“ bis zum Jahr 2050 noch immer so viele Anhänger wie jetzt hätte, wenn einer breiten Öffentlichkeit die dafür erforderlichen, einschneidenden Konsequenzen bewußt würden, darf bezweifelt werden.

Kürzlich berechnete z.B. der frühere Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt (SPD) überschlägig, welche Kraftwerkstruktur erforderlich wäre, um den deutschen CO₂-Ausstoß ohne Kernkrafteinsatz bis zum Jahr 2050 um 90 % zu senken: Dazu müßte z.B. die derzeitige Kapazität an Windkraft- und Photovoltaikanlagen versiebenfacht werden. Oder um es noch deutlicher zu sagen: Alle 1500 Meter würde dann in ganz Deutschland ein 200 Meter hohes Windrad stehen. Und auf jeden Haushalt kämen zusätzliche Stromkosten von 320 € jeden Monat (!) zu. Und sollte gar der von den „Greta-Jüngern“ geforderte 100 %ige Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis zum Jahr 2035 realisiert werden, würden sich die monatlichen Zusatzkosten pro Haushalt auf mehr als 600 € belaufen! Unter Windrädern leben und dafür auch noch mehr als 600 € monatlich berappen: Das würden gewiß nur die wenigsten Wähler goutieren und die meisten könnten es sich ohnehin nicht leisten. Und dabei ist Deutschland nur mit 2 % an der menschengemachten CO₂-Emission beteiligt, die ohnehin nur 4 % des gesamten CO₂-Ausstoßes ausmacht. 96 % gehen also auf das Konto der Natur, in die die „Greta-Jünger“ und die von deren Angst profitierenden Politiker hoffentlich nicht auch noch hineinpfuschen wollen.

Es ist für Politiker und die dies unterstützenden Medien also in erster Linie ein lukratives Geschäftsmodell und je näher der angeblich klimabedingte Weltuntergang rückt, je hysterischer die geschürte Angst wird, desto enger scheint der Schulterschuß zwischen Politik und Medien zu werden. Die Demokratie könnte dabei auf der Strecke bleiben. Denn „wo es um Leben und Tod geht, machen Mehrheitsentscheide keinen Sinn, sind schlimmstenfalls sogar schädlich“, stellte kürzlich der Tübinger Universitätsprofessor und Unternehmensberater Roland Springer durchaus zutreffend fest. Wer sich der vermeintlichen „Klimarettung“ also in den Weg zu stellen wagt, muß in Zukunft durchaus damit rechnen, jegliche Legitimität zu verlieren. Einen ersten Vorgeschmack darauf lieferte kürzlich die linke Wochenzeitung „Freitag“ des Millionen-Erben Jakob Augstein, als sie ohne jede Ironie „Öko-Diktatur? Ja bitte! Hartes Eingreifen rettet den Planeten“ titelte. Vieles Grüne hat eben einen tiefroten Kern, und das nicht nur bei den Melonen . . . (tb)

9 „Legal Tech“

Eine von den Landesjustizministerien gebildete Arbeitsgruppe zum Thema „Legal Tech“ (damit werden u.a. die absehbaren Möglichkeiten digitaler Rechtsberatung und automatisierter Richtersprüche umschrieben) warnte kürzlich vor den Gefahren unseriöser Rechtsberatung und ggf. vollautomatisch erstellter Gerichtsurteile. „Gerichtliche Entscheidungen müssen Menschen vorbehalten werden. Den Gerichtsrichter, der Entscheidungen generiert, darf es nicht geben“, fasste Baden-Württembergs Justizminister Guido Wolf (CDU) das Ergebnis der aktuellen Diskussion zusammen.

Natürlich weiß man auch in den Justizministerien, daß der technische Fortschritt nicht aufzuhalten ist. Schon heute gibt es schließlich „Legal Tech“-Plattformen, also Software oder Online-Dienste, die juristische Arbeitsprozesse unterstützen oder sogar weitgehend automatisch erledigen. Doch es ist den Justizministerien wichtig, daß diese Werkzeuge so gut wie ausschließlich von den entsprechenden Fachleuten genutzt werden. Eine Rechtsberatung über das Internet, so der Folgeschluß, müsse deshalb exklusiv der Anwaltschaft vorbehalten bleiben. (tb)

10 Braun-grüne Tsunamis

Das Umweltbundesamt (UBA) warnt inzwischen vor Gefahren für Menschen, Tiere und Pflanzen, die von technisch mangelhaften Biogasanlagen ausgehen können. Es handele sich dabei laut UBA um „komplexe Anlagen mit erheblichem Gefährdungspotenzial“ in denen es durchschnittlich alle zwei Wochen zu einem Unfall mit teilweise gravierenden Folgen komme. Seit dem Jahr 2015 wurden dabei nach offiziellen Angaben 15 Menschen getötet und 74 verletzt.

Ein möglicher Schadensfall ist ein sogenannter „Gülle-Tsunami“, bei dem Millionen Liter Gärreste oder Gülle auslaufen können. Diese können Gebäude fluten, Fischsterben in Gewässern auslösen oder Landschafts- und Naturschutzgebiete erheblich schädigen. Kontrollen durch Sachverständige führten in den letzten Jahren bei etwa zwei Dritteln der überprüften Biogasanlagen zur Feststellung „erheblicher sicherheitstechnischer Mängel“, heißt es in einem UBA-Papier. (tb)

11 Das „DDR“-Vermögen ist verteilt

Nach dem Ende der sogenannten „DDR“ wurde eine „Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen“ gegründet. Bis zum offiziellen Ende dieser Arbeit im Jahr 2006 konnten Werte von rund 1,6 Mrd. € aufgedeckt und sichergestellt werden. Die Gelder wurden auf Basis der Einwohnerzahlen von Ende 1991 auf die aus dem früheren „DDR“-Gebiet hervorgegangenen Länder (in Berlin also der Ost-Teil) zur Finanzierung gemeinnütziger Zwecke, der Tilgung von Altschulden sowie für die Arbeit der „Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur“ aufgeteilt. In den seit 2006 vergangenen Jahren konnten – nunmehr unter Federführung der „Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben“ – noch weitere Werte von rund 380 Mio. € sichergestellt werden. Diese stammen vor allem aus inzwischen abgeschlossenen Rechtsstreitigkeiten mit verschiedenen „DDR“-Organisationen und -Parteien. Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums gibt es hier nur noch ein laufendes Gerichtsverfahren, mit dessen Erledigung für das Jahr 2020 zu rechnen sei. (tb)

12 Das Porto steigt (und zwar kräftig) – Mitteilung des Verlages

Nachdem nun die kartellrechtlichen Auflagen als erfüllt angesehen werden, kann die im Deutschen Aktienindex (DAX) gelistete Deutsche Post AG zum 1. Juli 2019 zur summenmäßig größten Portoerhöhung aller Zeiten schreiten. Das Entgelt für den Inlands-Standardbrief wird von 70 auf 80 Cent steigen, das der Postkarte von 45 Cent auf 60 Cent. Kompakt-, Groß- und Maxibrief werden um jeweils 10 Cent teurer und in Zukunft 95 Cent, 155 Cent bzw. 270 Cent kosten. Bereits zum 1.1.2019 verteuerte sich durch neue Gewichtsgrenzen auch der Versand einiger Postvertriebsstücke (sogenannte „Pressesendungen“) um bis zu 10 %, wovon auch die „Vertraulichen Mitteilungen“ betroffen waren und sind.

Mit diesen ganzen Portoerhöhungen sind in erster Linie Privatkunden sowie kleine und mittlere Unternehmen belastet. Großkunden könnten dagegen durch eine weitere Anhebung der ihnen ohnehin gewährten Rabatte vorerst weitgehend verschont bleiben.

Zusammen mit weiteren Kostensteigerungen in anderen Bereichen macht das Mehrporto auch unserem Verlag zu schaffen. Wir kommen deshalb ab dem dritten Quartal 2019 nicht um eine geringfügige Erhöhung des monatlichen Bezugspreises umhin, damit wir an der beispiellosen Qualität unseres über Jahrzehnte gewachsenen und bestens gepflegten Informationsnetzes festhalten können. Wir bitten für diese unabdingbare Maßnahme (der Mehrpreis liegt bei lediglich rund 2 Cent pro Seite des redaktionellen Teils) höflichst um Ihr Verständnis, wofür wir schon an dieser Stelle vorab herzlich danken! (tb)

13 Das reichste russische Unternehmen . . .

Im russischen Ölgeschäft ist vieles undurchsichtig, wie ein Blick auf den Ölkonzern Surgutneftegas zeigt. So wurde z.B. bis heute nicht erklärt, warum dieser sibirische Konzern seine Ölproduktion in den beiden ersten Maiwochen ohne von außen erkennbaren Grund um mehr als 10 % drosselte, um sie dann wieder hochzufahren. Kenner des Ölmarktes vermuten einen Zusammenhang mit einem Skandal wegen verschmutzten Rohöls in einer wichtigen Exportpipeline, das die europäischen Kunden nicht abnahmen.

Still ist man bei Surgutneftegas auch, wenn es um die Bilanzzahlen geht. Man weiß hauptsächlich nur, daß der Konzern mit flüssigen Reserven von umgerechnet mehr als 45 Mrd. € das reichste russische Unternehmen ist. Dies habe man in erster Linie Unternehmenschef Wladimir Bagdanow zu verdanken, der dem Betrieb seit 1984 vorsteht und der deshalb auch finanziell weniger erfreuliche Phasen überstehen mußte. Er sei seitdem extrem sparsam, heißt es. Auch sein eigenes Vermögen (vornehmlich in Form von Surgutneftegas-Anteilen) wird auf deutlich mehr als eine Milliarde Euro geschätzt und es wird wegen der hohen Ausschüttungen weiter zunehmen. Große Geheimnisse (und zuweilen Spekulationen) gibt es auch bezüglich der weiteren Eigentümer dieses Unternehmens. Formal sind die Eigentumsverhältnisse durch ein undurchsichtiges Geflecht an Holdinggesellschaften verschleiert. Nicht zuletzt deshalb kommt es in Fachkreisen immer wieder zu der keineswegs abwegigen Vermutung, daß Russlands Präsident Wladimir Putin und andere hochrangige Politiker dahinterstehen könnten. Das Geheimhaltungsbedürfnis bezüglich des Eigentümerkreises muß jedenfalls erheblich sein, denn es verhindert eine hohe Bewertung der Unternehmensanteile, die sich auf einem halbwegs freien und transparenten Markt längst eingestellt hätte. (tb)

14 Gold für die Krisenvorsorge – auch bei manchen Zentralbanken

In Polen, Ungarn, China, der Türkei, Russland und einigen anderen Staaten stocken die Zentralbanken schon seit geraumer Zeit ihre Goldbestände teilweise massiv auf. Goldexperten sprechen bereits von einer Zentralbank-Nachfrage, wie es sie seit der Aufhebung der letzten Gold-Dollar-Bindung im Jahr 1971 nicht mehr gab.

Warum ist Gold für die Zentralbanken, denen ja auch alle anderen Anlageformen offenstehen, so wichtig? Hier ist zunächst die mit dem Besitz physischen Goldes stets verbundene, hohe Liquidität zu nennen. Wie immer ein denkbarer Krisenfall auch genau ausgestaltet sein könnte – mit Gold kann eine Zentralbank die meisten der dann auftretenden Probleme schnell und diskret lösen. Und Goldbesitzer sind, auch das ist für Zentralbanken durchaus wichtig, kaum erpressbar. Verfügen sie statt dessen über Schuldverschreibungen anderer Staaten (z.B. der USA), sind und bleiben sie stets ein Stück weit vom Wohlwollen ihrer jeweiligen Schuldner abhängig. Sollten diese z.B. beschließen, ihren Auslandsverbindlichkeiten nicht mehr nachzukommen oder eine Abwertung der eigenen Währung anstreben, haben deren Gläubiger kaum Reaktionsmöglichkeiten, wenn man einmal von Sanktionsmaßnahmen oder gar einer kriegerischen Auseinandersetzung absieht. (tb)

15 Berufsunfähigkeitsversicherung: Nicht vom „Nettobeitrag“ blenden lassen

Die insbesondere für jüngere Menschen überaus wichtige Berufsunfähigkeitsversicherung wird in vielen Fällen in Form eines reinen „Risikovertrages“ abgeschlossen. Dabei weisen die meisten Versicherer in ihren Angeboten einen Brutto- und einen Nettobeitrag aus. Der Bruttobeitrag ist diejenige Beitragssumme, die der Versicherer rechnerisch benötigt, um das versicherte Risiko tragen zu können. Es ist ein bewußt vorsichtig kalkulierter Beitrag. Da in der Praxis aber in vielen Fällen die dabei angenommenen Kosten (z.B. für Vertrieb und Verwaltung) geringer als kalkuliert ausfallen werden (man spricht dann von „Kostenüberschüssen“), die für die Leistungsfälle zu erbringenden Zahlungen niedriger („Risikoverschüsse“) und außerdem Kapitalerträge höher als kalkuliert ausfallen können („Anlageüberschüsse“, dürften in den letzten Jahren seltener geworden sein), ergibt sich als einseitiger Zahlbetrag ein entsprechend niedrigerer Nettobeitrag.

Der Nettobeitrag wird aber nicht garantiert. Die zu zahlenden Beiträge können im Laufe der Jahre also bis zur Höhe des Bruttobeitrags steigen, aber sie müssen es nicht. Potentielle Kunden sollten sich also nicht von einem möglichst hohen Unterschied zwischen Netto- und Bruttobeitrag beeindrucken lassen. Das Blatt könnte sich recht schnell wenden. (tb)

16 Für Sie aufgelesen:

„Die Pilzsuppe schmeckt köstlich, woher hast Du das Rezept? – ‚Aus einem Kriminalroman‘.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Bisingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eyrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.